

Ein Ehepaar kämpft ums Überleben

Von Birgit Kühn

Ich bin an „Takayasu Arthritis“ erkrankt und kann nur ca. 100 Meter laufen. Aus diesem Grunde bin ich auf einen Rollstuhl angewiesen. Mein Ehemann hat sich beim Zeitungsaustragen am 15. Dezember 2010 den Fuß gebrochen. Es ist zwar nur ein kleiner zusätzlicher Verdienst, aber er wollte sich zu seinem Hartz IV etwas dazu verdienen.

Das Wetter ist unberechenbar und wir wohnen sehr abgelegen. Seit dem 17. Dezember 2010 kann ich mit meinem elektrischen Rollstuhl nicht mehr die Wohnung verlassen. Als ich versuchte, einkaufen zu fahren, scheiterte ich schon auf dem Hof, weil mein elektrischer Rollstuhl sich festgefahren hatte.

Jetzt begannen Probleme: Was wird mit dem Einkaufen, Rezepte abholen, Krankenscheine für meinen Mann abgegeben, Angelegenheiten bei der Sparkasse erledigen usw.? Außerdem hatte ich einen wichtigen Arzttermin zur Darmspiegelung im Krankenhaus.

In meiner Not sendete ich einen Hilferuf an die sozialen Bewegungen. Einer aus den sozialen Bewegungen leitete den Hilferuf weiter und dann begann das Unfassbare. Das Grundsicherungsamt in meiner Stadt meldete sich bei mir. Telefonisch teilte man mir mit, dass ein Notruf in meiner Angelegenheit aus Sachsen einging. Ich sollte doch einen Antrag auf Haushalts- und Mobilitätshilfe stellen. Am nächsten Vormittag sollten dann zwei Mitarbeiter vom Grundsicherungsamt bei mir vorbei schauen und sich vor Ort selbst ein Bild machen und sich dann ganz kurzfristig mit dem Amt in Verbindung setzen.

Die zwei Mitarbeiter vom Grundsicherungsamt erschienen auch pünktlich. Wie abgesprochen nahmen sie meinen Antrag in Empfang und schrieben sich zusätzlich auf, in welchen Sachen ich Hilfe benötige. Für mich als Rollstuhlfahrer war und ist es immer noch unmöglich, bei dieser Wetterlage die wichtigsten Dinge zu erledigen.

Dann begann der Bürokratismus zuzuschlagen. Ich erhielt viele Anrufe vom Grundsicherungsamt und der Krankenkasse. Per E-Mail wurde mir vom Landkreis Uckermark und der Krankenkasse ein Antrag zugeschickt. Diesen Antrag sollte ich von den Ärzten ausfüllen lassen und anschließend bei der Krankenkasse abgeben.

Jetzt verstand ich die Welt nicht mehr. Beide Behörden und das Grundsicherungsamt wussten, dass ich mit meinem Rollstuhl nicht zu den Ärzten fahren und den ausgefüllten Antrag anschließend nicht bei der Krankenkasse abgeben konnte. Immer wieder schrieb ich per E-Mail und meldete mich per Telefon, dass ich den Antrag nicht von den Ärzten bestätigen lassen kann. Trotzdem erhielt ich immer wieder die Antwort, dass ich den Antrag abgeben muss. Ohne den Antrag könnte keine Prüfung für eine Mobilitäts- und Haushaltshilfe stattfinden.

Der Arzttermin für die Darmspiegelung rückte immer näher und ich wusste nicht, wie ich bei der schlechten Witterung das Krankenhaus erreichen sollte. In meiner Verzweiflung wendete ich mich wieder an eine Person, von der ich mir Hilfe erhoffte. Diese Person setzte sich mit der Diakonie in Verbindung. Die Diakonie meldete sich bei mir und bot mir an, die wichtigsten Dinge mit mir gemeinsam zu erledigen. Sie fuhren mit mir zur Sparkasse, begleiteten sie mich zur Darmspiegelung und brachten mich wieder nach Hause.

Das Grundsicherungsamt meldete sich auch wieder und teilte mir mit, dass mein Antrag nur zu einem Teil erfüllt werden kann. Wenn ich weiterhin eine Mobilitäts- und Haushaltshilfe beantragen möchte, muss ich mich weiterhin an die Krankenkasse wenden. Das Grundsicherungsamt stellt mir eine Hausmeisterfirma zur Verfügung, welche den Winterdienst vor meiner Haustür verrichten werden. Na toll, die Hausmeisterfirma beseitigt zwar den unmittelbaren Schnee vor meiner Haustür, aber ich wohne so abgelegen, dass ich mit dem Rollstuhl nicht die Stadt erreichen kann.

Seit der letzten Woche im Dezember begann dann der Kampf ums blanke Überleben. Freunde, Nachbarn und Bekannte mussten mobilisiert werden. Wir brauchten etwas zum Essen, Behördenkram usw. musste erledigt werden. Durch meine Behinderung und den gebrochenen Fuß meines Mannes wird jetzt jede Kleinigkeit zum großen Problem. Wir sind ja nicht einmal in der Lage, unseren Müll in die Mülltonnen zu tragen, weil die Wegstrecke über 100 Meter beträgt. Unsere Haustiere, die wir über die Jahre lieb gewonnen haben, wurden per Post von einer lieben Person versorgt. Ein guter Mitstreiter von uns in der Nähe von Templin nahm die weite Anfahrt auf sich und kam zu uns. Er kaufte für uns ein und erledigte die wichtigsten Angelegenheiten für uns. Ein weiterer Mitstreiter kam aus der Nachbarstadt Schwedt / Oder und unterstützte uns in den Angelegenheiten, die wir nicht alleine erledigen konnten. Nachbarn erledigen zusätzlich den Winterdienst für uns, gehen einkaufen usw. Doch einige Dinge können sie nicht leisten.

Ich habe wieder einen dringenden Arzttermin, wir brauchen Lebensmittel, Krankenscheine müssen abgegeben werden usw., immer wieder wird unsere persönliche Anwesenheit verlangt. So geht das immer weiter und solange sich die Wetterlage nicht bessert, ist keine Besserung unserer Lage in Sicht.

Muss ein Mensch erst sterben, bevor er bei Behörden **hilfreiche** Aufmerksamkeit erreicht? Da fragt man sich: Ist solche Bürokratenignoranz Absicht, damit die Bürger aufhören, Anträge zu stellen? Diese Anträge kann ich nicht ausfüllen, man hat doch gesehen und wusste, dass ich keinen Arzt und keine Krankenkasse aufsuchen konnte!

Aus meiner Sicht ist das eine versuchte fahrlässige Tötung auf Raten. Vom Hausmeisterdienst, der uns vom Grundsicherungsamt zur Verfügung gestellt wurde, werden wir nämlich nicht satt und können uns nicht ernähren. Mein Ehemann ist starker Diabetiker und muss sich sechs Mal am Tag spritzen. Aus diesem Grund muss er natürlich auch regelmäßig Nahrung zu sich nehmen.